

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bundesprogramm „JUGEND STÄRKEN plus“ – Förderung von schuldistanzierten Kindern und Jugendlichen ab dem 12. Lebensjahr erhalten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend dafür einzusetzen, dass auch im neuen Programm „JUGEND STÄRKEN plus“ ab 2014, wie bisher, die Arbeit mit schuldistanzierten Kindern und Jugendlichen ab dem 12. Lebensjahr gefördert werden kann.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Juli 2013 zu berichten.

Begründung:

Bei der Neuauflage des Bundesprogramms „JUGEND STÄRKEN plus“ ab 2014 plant das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Förderung auf Jugendliche an der Schwelle zum Beruf einzuschränken. Damit entfällt die Möglichkeit frühe Interventionsmaßnahmen für schuldistanzierte Kinder und Jugendliche zu fördern. Wenn Jugendliche Probleme beim Einstieg ins Berufsleben haben, liegt dem häufig ein mangelnder Schulerfolg zu Grunde, der in vielen Fällen seine Ursache in jahrelangem schuldistanzierten Verhalten hat. Auch ist die Anzahl der Fehltage im Zeugnis für viele Arbeitgeber ein wichtiges Entscheidungskriterium bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen. Deshalb ist es wichtig, Schul-

distanz so früh wie möglich zu bekämpfen und die Kinder und Jugendlichen möglichst frühzeitig zu betreuen, um ihnen einen erfolgreichen Schulabschluss zu ermöglichen. Je früher die Hilfe ansetzt, desto größer ist die Aussicht auf Erfolg. Es ist deshalb unverständlich, dass jetzt gerade diese frühzeitigen Interventionen aus dem Förderkatalog gestrichen werden sollen. Erfolgreiche Projekte wie die „2. Chance“ müssen ihre Arbeit zum Jahresende einstellen, wenn sie von der Förderung ab 2014 ausgeschlossen werden. Damit wird zwangsläufig die Zahl der Schulabgänger ohne qualifizierten Abschluss steigen, die in Berlin bereits jetzt überdurchschnittlich hoch ist.

Berlin, den 23. Mai 2013

Pop Kapek Burkert-Eulitz
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen